

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, liebe Friedensfreunde,

vor 70 Jahren gelang die Befreiung der Menschheit von den Gräueln des faschistischen Nazi-Regimes. Das mutige Engagement von Antifaschistinnen und Antifaschisten in allen Ländern und die letztendliche Zusammenarbeit der Anti-Hitler-Koalition der Alliierten hat die faschistische Diktatur bezwungen. Die Schlussfolgerungen und Hoffnungen dieser Zeit – die Überwindung von Ausbeutung, Gewalt und Not zugunsten von Völkerverständigung, Frieden und der globalen Verwirklichung der Menschenwürde – haben ungebrochene Aktualität. 70 Jahre danach stehen wir vor der Herausforderung und Aufgabe, diese Befreiung zu vollenden. Dabei können wir aus den historischen Kämpfen für Frieden und Emanzipation lernen und darauf aufbauen.

Der ehemalige Präsident der Universität Hamburg – Peter Fischer-Appelt – sagte am 29. Januar 2015 im Audimax der Uni Hamburg anlässlich einer Veranstaltung zum Gedenken an die studentische Widerstandsgruppe „Weiße Rose“, Zitat:

„Immer, wenn wir an dieser Gedenktafel für die Studenten der Weißen Rose stehen, werden die Schatten länger, die uns mit ihrer Zeit verbinden. Um im Bild zu bleiben: Das Licht ihres entschlossenen Widerstandes leuchtet heller und heller hinter den in unserer fernen Wahrnehmung wachsenden Bergen von verblendeter Gefolgschaft und gezielter Untat, von namenlosem Leid und unvorstellbarem Tod, von ungesühnter Schuld und bleibender Scham. (...) Welches publizistische Widerstandsfanal fand im ‚Dritten Reich‘, ja vielleicht im ganzen 20. Jahrhundert eine größere aktuelle Verbreitung als die landauf, landab in Briefkästen gesteckten, überall abgelegten und dann millionenfach von britischen Flugzeugen abgeworfenen Flugblätter der Weißen Rose? Waren das nicht überzeugende Zeichen von gewaltloser Freiheit, von solidarischer Partizipation und durchgesetzter Öffentlichkeit, die heute als Signum der Demokratie gelten? Zeichen, die gegenseitiges Vertrauen, so lebenswichtig, zwischen diesen Kreisen von jugendlichen Regimegegnern und ihren Familien stifteten, Zeichen, die bei aller Differenzierung eine Weiße Rose in Tat und Tod erkennen lassen?“

Ein solcher kämpferischer Humanismus ist die Quelle des antifaschistischen Widerstandes. Er verband Kommunisten, Sozialisten, Christen und bürgerliche Humanisten in ihrem Engagement für Frieden und Solidarität gegen jene Kräfte, die die soziale Ungleichheit – also die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen – bis ins Grausamste verteidigten, systematisierten und steigerten.

Das Wirken aller Antifaschisten ist heute noch eine Ermutigung, die wir beherzigen sollten, denn hier wird deutlich: Allerorts – selbst in den Vernichtungslagern – hat es Widerstand gegeben. Weil der Mensch ein Mensch ist, ist die Aufrichtung für Menschenwürde und Solidarität immer eine Alternative. Unter den menschenverachtendsten Bedingungen war das Vertrauen in und das Wirken für eine neue, bessere Gesellschaft, in der der Mensch dem Menschen kein Feind ist, sondern ein Freund, wesentliche Voraussetzung für den Mut der Antifaschisten.

Ich erinnere mich an die Worte von Peter Gingold, jüdischer Kommunist und deutscher Widerstandskämpfer in der französischen Résistance und bis zu seinem Tod 2006 lebenslanger Friedensaktivist. Zu seinem 90. Geburtstag sagte er: *„Nie resignieren, und wenn welche resi-*

gnieren, dann macht ihnen Mut!“ Sein Optimismus war begründet und deswegen ansteckend, er sagte häufig:

„Als ich auf die Welt kam, war ich Untertan von Kaiser Wilhelm. Man glaubte, es würde ewig so sein. Nach zwei Jahren war das Kaiserreich verschwunden. Dann war die Republik da. Sie dauerte auch nur 14 Jahre. Dann kam das sogenannte 1000jährige Reich. Es dauerte nicht 1000 Jahre und ein klein bisschen haben wir dazu beigetragen, dass es nicht 1000 Jahre blieb. Dann glaubten wir wirklich ein Drittel der Erde geht unabänderlich dem Sozialismus entgegen. 1989 war er erstmal nieder. Da sagte ich zu meinen Freunden und Genossen, steht nicht wie ein Jammerlappen auf dieser Erde, analysiert, wie das geschehen konnte.“

Aus dieser Haltung, aus dieser politischen Klarheit und aus diesem Hunger nach Menschlichkeit können und müssen wir als Friedenskräfte heute lernen.

Programmatisch können wir anschließen an das Potsdamer Abkommen der Alliierten aus dem Jahr 45 und seine vier Ds, die die Einheit von „Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus“ ermöglichen sollten.

1. Denazifizierung:

Kultur, Presse, Ökonomie, Justiz und Politik – also das gesamte öffentliche Leben – sollten denazifiziert werden.

2. Demonopolisierung:

Sowohl die Verwaltung als auch die Wirtschaft sollten dezentralisiert und demonopolisiert werden, um jegliche ökonomische Machtkonzentration, die wesentlich für den Aufstieg des Faschismus und die Vorbereitung des Weltkrieges war, zu zerschlagen. Im Abkommen heißt es: *„In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen.“*

3. Demilitarisierung:

Sie hatte den vollständigen Abbau der Armee und die Abschaffung jeglicher deutscher Rüstungsindustrie zum Ziel, damit von Deutschland nie wieder die Gefahr eines militärischen Angriffs ausgehen konnte. Beim Wirtschaftsleben sollte das Hauptgewicht auf die Friedensindustrie gelegt werden.

4. Demokratisierung:

Alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens – von der Bildung bis zur Politik – sollten demokratisiert werden. Zitat: *„Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.“*

In diesem Sinne ist die Geschichte lehrreich und orientierend für das heutige Handeln aller Friedenskräfte und treibt uns auch heute an.

Heute haben die Kriegsprofiteure der Rüstungsindustrie und die Kriegstreiber in der Regierung massiv damit zu kämpfen, dass die Bevölkerung, dieser Lümmel, die Lügen nicht überzeugend findet, mit denen die Kriegspolitik legitimiert werden soll: Rüstung und Krieg haben mit Humanität und Verantwortung nichts zu tun, sondern mit wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen, da mag unser Bundespastor predigen, wie er will.

Das aktuelle „Bündnis der Eliten“ versucht daher umso mehr, die Köpfe dort für seine Kriegspropaganda zu gewinnen, wo sie gebildet werden: in Schulen und Hochschulen. Zu Beginn der Krise 2008 haben sich daher 100 Vertreter aus Wirtschaft, Bundeswehr und Politik als „Celler Trialog“ getroffen und beraten, was unternommen werden muss, um die Zustimmung zur Kriegspolitik wiederherstellen. Zitat:

„Wir brauchen eine intensivere sicherheitspolitische Debatte in Deutschland, um die Bedeutung von Sicherheit für die Zukunft unseres Landes und das Verständnis für die Auslandseinsätze der Bundeswehr verbreitern zu können. (...) Darüber hinaus wollen wir aktiv darauf hinwirken, dass der sicherheitspolitische Dialog auch in Forschung und Lehre, insbesondere an unseren Hochschulen, gestärkt wird, z. B. durch die Einrichtung von Stiftungsprofessuren und durch einen dauerhaften, praxisorientierten und wissenschaftlichen Austausch zwischen Wirtschaft und Bundeswehr.“

Aber auch das geht nach hinten los: Seit 2008 gibt es mittlerweile bundesweit an Hochschulen Initiativen von Studierenden und MitarbeiterInnen, die gegen die Kriegspolitik aufklären und dafür wirken, dass die gemeinsame Arbeit zu Frieden, einer zivilen Entwicklung der Gesellschaft und zur Verbesserung der Lebensbedingungen beiträgt. Mit der Einführung von „Zivilklauseln“ sollen sich Hochschulen selbst dazu verpflichten. Mittlerweile gibt es bundesweit 26 Zivilklauseln an wissenschaftlichen Einrichtungen – und in den Landeshochschulgesetzen von Nordrhein-Westfalen und Bremen konnte die Zivilklausel ebenso erkämpft werden.

Vor zwei Wochen haben sich die Universitäten Köln und Düsseldorf in ihren Grundordnungen dazu verpflichtet, zu Frieden, Demokratie und Nachhaltigkeit in der Welt beizutragen. An der Uni Düsseldorf heißt es zum Beispiel:

„Forschung, Lehre und Studium an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf sind friedlichen Zielen verpflichtet, sie tragen zur Völkerverständigung bei und erfolgen in der Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen.“

Diese Art der Verantwortung ist ein direktes Kontra zur Verantwortung von Kriegspräsident Gauck, in aller Welt militärisch einzugreifen. Entscheidend ist, dass sich überall erweiterte Friedensambitionen zu eigen gemacht werden, das hat Sprengkraft. Denn das humanistische Engagement und die Aufklärung für eine Welt des Friedens und der Solidarität bringen jetzt schon das organisierte Töten und das Geschäft mit dem Krieg in Bedrängnis. Indem neu an Hochschulen begonnen wird, zu diskutieren, was Kriegsursachen sind und welche Voraussetzungen für Frieden geschaffen werden müssen, treten Hochschulmitglieder aus der Enge der verordneten „Vermarkte-Dich“-Ideologie und entsprechender Bescheidenheit heraus. Nicht

mehr die Friedensfreunde, sondern die Rüstungsforscher müssen sich rechtfertigen. Das bekommt die Rüstungsindustrie jetzt schon zu spüren: Sie beklagte sich auf einer Konferenz zu „Angewandter Forschung für Verteidigung und Sicherheit“ Anfang 2014, dass sich leider ihre Bedingungen durch die Ausgrenzung militärischer Forschung aufgrund von Erfolgen der Zivilklauselbewegung an manchen Hochschulen verschlechtert haben. Thomas Weise von Rheinmetall Defence erklärte, man möchte aber weiter mit Sicherheitsforschern an den Hochschulen bei – Zitat – „Anzucht, Aufzucht und Genuß“ neuer Waffensysteme zusammenarbeiten.

Die Alternative zu einer derartigen Dumpfheit und Garstigkeit sind wir selbst! Gegen Rüstungsexporte, Rüstungsproduktion und Kriegseinsätze. Für Abrüstung, Rüstungskonversion und eine Wissenschaft für den Frieden, für zivile Konfliktregulierung und aufgeklärtes solidarisches Denken und Handeln. Wir müssen und können die Geschichte gemeinsam in die Hände nehmen!

Nichts anderes ist menschlich und Genuss.

4. April 2015

Senta Pineau, Arbeitskreis Zivilklausel Köln